

Ein Sexkaufverbot würde Menschen in der Sexarbeit schaden

Die Deutsche Aidshilfe zum Antrag „Menschenunwürdige Zustände in der Prostitution beenden – Sexkauf bestrafen“ der CDU/CSU-Fraktion (Drucksache 2010384)

Die Deutsche Aidshilfe (DAH) ist der Dachverband von rund 115 Organisationen und Einrichtungen in Deutschland.

Zu unseren wichtigsten Aufgaben zählt die Aufklärung über HIV/Aids und andere sexuell übertragbare Infektionen. In erfolgreicher Arbeitsteilung mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) betreiben wir seit mehr als 40 Jahren zielgruppenspezifische Prävention und besitzen dementsprechende Expertise in den Lebensrealitäten von Sexarbeiter*innen¹.

Im April 2024 haben wir eine bundesweite Studie zu den gesundheitlichen Bedarfen von Sexarbeiter*innen veröffentlicht², die wir über zwei Jahre mit Förderung des Bundesministeriums für Gesundheit durchgeführt haben. Die Studie stellt Erkenntnisse über die Kernprobleme von Menschen in der Sexarbeit und Lösungsmöglichkeiten bereit.

Die CDU/CSU plädiert in ihrem Antrag „Menschenunwürdige Zustände in der Prostitution beenden – Sexkauf bestrafen“ für die Einführung des sogenannten „Nordischen Modells“, welches auf der Strafbarkeit der Inanspruchnahme sexueller Dienstleistungen basiert. Bestraft werden sollen also die Kunden. Aus Sicht der Deutschen Aidshilfe ist dieser Ansatz nicht geeignet, das erklärte Ziel – den Schutz von Menschen vor gesundheitlichen Risiken und Gewalt – zu erreichen. Ein Sexkaufverbot würde Menschen in der Sexarbeit hingegen schaden. Die Deutsche Aidshilfe spricht sich daher gegen den Antrag aus und schlägt alternative Maßnahmen vor.

¹ Mit „Sexarbeit“ bzw. „Sexarbeiter*innen“ sind in dieser Stellungnahme alle Menschen gemeint, die sexuelle Dienstleistungen gegen Geld oder andere Formen der Entlohnung (wie beispielsweise Unterkunft oder Drogen) erbringen.

² Deutsche Aidshilfe: „Sexuelle Gesundheit und HIV/STI-Präventionsstrategien und -bedarfe von Sexarbeitenden“ (2024) sowie Forschungsbericht „Was brauchen Sexarbeiter*innen?“ (www.aidshilfe.de/sexarbeit-studie)



1. Die Realität in der Sexarbeit ist viel komplexer als im Antrag der CDU/CSU dargestellt

Die Studie der Deutschen Aidshilfe zu gesundheitlichen Bedarfen von Sexarbeiter*innen liefert wertvolle Erkenntnisse, wie es Menschen in der Sexarbeit geht und welches Verhältnis sie zu ihrer Tätigkeit haben. Insgesamt 80 Sexarbeiter*innen aus 23 Herkunftsländern haben in der Studie ihre Erfahrungen mitgeteilt. Sie beschrieben dabei ein äußerst breites Spektrum an Motivationen und Empfindungen hinsichtlich ihrer Tätigkeit:

„Es ist der einfachste Weg für uns, an Geld zu kommen. Es ist etwas, das wir mögen – Sex – also kombinieren wir es mit Arbeit.“ (trans Frau aus Venezuela)

„Für mich ist Sexarbeit hauptsächlich – also im Moment, da ich im Moment drauf bin – meine Krankheit zu finanzieren und einen großen Teil zum Überleben.“
(Frau aus Italien)

„Ich mach das leidenschaftlich gern und es ist wunder-, wunderschön für mich.“
(Frau aus Deutschland)

„Es macht mir keinen Spaß, überhaupt keinen Spaß. Ich muss arbeiten.“ (Frau aus Thailand)

„Die Leute um uns herum sind immer bereit, uns auszubeuten, weil wir die Schwächeren sind. [...] Wir werden betrogen oder auch beschimpft.“ (Frau aus Thailand)

Für die meisten Menschen, die Sexarbeit ausüben, ist sie in ihrer individuellen Situation die beste – für manche sogar die einzige – Möglichkeit ist, Geld zu verdienen und damit den eigenen Lebensunterhalt sowie gegebenenfalls den ihrer Familien zu sichern.

Zugleich zeigt die Studie: Der Druck auf Sexarbeiter*innen nimmt zu. Vier Kernprobleme wurden identifiziert, die ihr Leben erschweren und sich negativ auf ihre Gesundheit auswirken können:

- Gewalterfahrungen und Angst vor Gewalt
- finanzielle und existenzielle Not
- Belastungen psychischer Art, die oft in Zusammenhang mit Stigmatisierung stehen
- Kriminalisierung ihrer Tätigkeit und fehlende Legalität (z.B. fehlende Anmeldung nach Prostituiertenschutzgesetz, Arbeit in Sperrbezirken, kein Aufenthaltstitel).

Ein Sexkaufverbot würde alle diese schädlichen Faktoren verstärken. Das Risiko von Gewalt würde steigen, finanzielle Not, Stigmatisierung und psychischer Druck würden zunehmen. Auch wenn Sexarbeiter*innen straffrei bleiben sollen, wäre ein **Sexkaufverbot *de facto* eine Kriminalisierung von Sexarbeit** und würde damit der Gesundheit von Menschen in der Prostitution entgegenwirken.

2. Die Probleme in der Sexarbeit würden durch ein Sexkaufverbot nicht gelöst, sondern verschärft

Die internationale Studienlage zeigt: Ein Sexkaufverbot führt nicht zur Abschaffung von Prostitution. **Sexarbeit findet weiterhin statt – nur unter (noch) schlechteren Bedingungen.**

Eine Studie untersuchte 2021 die Auswirkungen von Sexkaufverboten in Frankreich, Kanada, Nordirland, Norwegen und Schweden. In keinem dieser Länder ist demnach durch die Einführung des Sexkaufverbots das Ausmaß des Sexgewerbes gesunken, Ausbeutung wurde nicht eingedämmt.³

Ein Bericht der School of Law der Queen's University Belfast kommt zu dem Schluss, dass das Sexkaufverbot in Nordirland sogar zu einem Anstieg der Zahl der Prostituierten und der

³ Attacking Demand, Escalating Violence The Impact of Twenty Years of End Demand Implementation on People who Trade Sex https://www.academia.edu/57250912/Attacking_Demand_Escalating_Violence_The_Impact_of_Twenty_Years_of_End_Demand_Implementation_on_People_who_Trade_Sex_September_2021

Angebote auf Online-Plattformen geführt hat. Zugenommen haben auch Gewalt, Betrug und Belästigung an Sexarbeiter*innen.⁴

Der Grund für die verschärfte Gefahr, der Sexarbeiter*innen unterliegen: Das Sexkaufverbot verdrängt die Sexarbeit ins Illegale. Das verändert die Arbeitsbedingungen drastisch.

Zum einen muss Sexarbeit unter solchen Bedingungen im Verborgenen stattfinden, damit die Kunden nicht Gefahr laufen, bestraft zu werden. Wer sexuelle Dienstleistungen anbietet, tut dies zwangsläufig unter völlig unkontrollierten Bedingungen und oftmals vereinzelt, ohne schützendes Umfeld.

Mit einem Sexkaufverbot gehen aus Kohärenzgründen weitere Verbote einher. So fordert die CDU/CSU ein Verbot jeglicher Prostitutionsstätten. Diese Orte bieten jedoch einerseits die Chance auf ein reguliertes und potenziell sicheres Umfeld. Zudem sind sie für Prävention unverzichtbar, denn hier können Informationen, Hilfe und Beratung angeboten werden. Nur über legale Orte sind Menschen in der Sexarbeit zuverlässig auffindbar und ansprechbar.

Verdrängungseffekte durch Verbote sind in der Vergangenheit immer wieder offenkundig geworden. So haben beispielsweise Sperrbezirksverordnungen den Effekt, dass die sexuellen Dienstleistungen an Orten erbracht werden, an denen Sexarbeiter*innen auf sich gestellt sind und keinen Schutz erfahren. Das erhöht massiv ihre Vulnerabilität: **Im illegalen und daher unsichtbaren Raum können Kunden und Dritte viel eher Gewalt auf Sexarbeiter*innen ausüben.** In legalen Umfeldern hingegen gibt es im Idealfall den Schutz durch Betreiber*innen oder Kolleg*innen und die Möglichkeit von Notrufsystemen.

Auch ein Verbot von Bordellen wird nicht den Effekt haben, dass Prostitution nicht mehr stattfindet – diese wird stattdessen in illegalen Betrieben und Strukturen stattfinden. Wo Prostitutionsstätten verboten werden, gibt es illegalen Ersatz, der sich jeglicher Kontrolle entzieht.

Ein Grund dafür liegt darin, dass es bei der Sexarbeit Angebot und Nachfrage immer geben wird. Ein weiterer Grund sind die robusten kriminellen Strukturen, die die CDU/CSU-Fraktion

⁴ A review of the criminalisation of paying for sexual services in Northern Ireland
<https://www.justice-ni.gov.uk/sites/default/files/publications/justice/report-criminalisation-paying-for-sex.pdf>

zurecht beklagt. Menschenhandel findet heute bereits statt, *obwohl* er verboten ist. Ein Sexkaufverbot wird daran nichts ändern.

Durch ein Sexkaufverbot würden Kunden zudem mehr Macht über Sexarbeiter*innen gewinnen. So wird es aus Ländern berichtet wird, in denen das Nordische Modell implementiert wurde.⁵ Ein Teil der Kunden – gerade diejenigen, die sich an Regeln und Gesetzen halten – bleiben weg. Sexarbeiter*innen geraten damit finanziell (weiter) unter Druck. Kunden können das ausnutzen, um ihre Wünsche durchzusetzen. Der Spielraum von Sexarbeiter*innen bei der Auswahl der Kunden und der Verhandlung von Praktiken und Schutzmaßnahmen würde also durch ein Sexkaufverbot weiter reduziert.

3. Ein Sexkaufverbot verhindert Hilfe, Beratung und Prävention

Eine weitere Konsequenz von Arbeit unter illegalen Bedingungen ist, dass Betroffene die Angebote von Hilfe-, Beratungs- und Präventionsorganisationen nicht in Anspruch nehmen, zum einen weil sie im Verborgenen kaum noch erreichbar sind und zum anderen weil sie Angst vor Repression haben. Unter dem Nordischen Modell würden sich viele Sexarbeiter*innen nicht mehr trauen, offizielle Stellen – zum Beispiel Gesundheitsämter oder Beratungsstellen – aufzusuchen, weil sie denken würden, dass sie durch ihre Tätigkeit gegen das Gesetz verstoßen.

Eine ähnliche Dynamik ist bereits im Kontext des Prostituiertenschutzgesetzes aufgetreten. So berichteten in der DAH-Studie einige nicht angemeldete Sexarbeiter*innen, dass sie Untersuchungs- und Beratungsangebote nach §19 Infektionsschutzgesetz nicht mehr in Anspruch nehmen, obwohl diese anonym und unabhängig vom Prostituiertenschutzgesetz sind.

⁵ What does Sex workers think about the French Prostitution Act? A Study on the Impact of the Law from 13 April 2016 Against the 'Prostitution System' in France (https://www.medecinsdumonde.org/app/uploads/2022/04/Web_EN_rapport-prostitution-finale-1.pdf)

4. Lösungen für mehr Schutz, Selbstbestimmung und Gesundheit

Sexarbeit ist ein vielschichtiger und herausfordernder Beruf, doch es gibt keine Ausbildung, die darauf vorbereitet. Die beste Orientierung, Unterstützung, Professionalisierung und ggf. Hilfe beim Umstieg leisten akzeptierende Sozialarbeiter*innen sowie Kolleg*innen – auch und gerade bei sehr vulnerablen Personen. Deshalb müssen **niedrigschwellige Beratungsstellen und Peer-to-Peer-Angebote** (von Sexarbeiter*innen für Sexarbeiter*innen) viel stärker gefördert werden.

Zudem muss die Prävention auch Kunden einbeziehen und dabei auf Respekt, faire Preise, die Nutzung von Kondomen sowie Aufklärung zu HIV und Geschlechtskrankheiten zielen. Auch die CDU/CSU-Fraktion will mit einer Kampagne auf Kunden einwirken. Prävention kann aber auch in dieser Zielgruppe nur erfolgreich sein, wenn sie die Menschen nicht verurteilt, sondern in ihrer Lebensweise prinzipiell akzeptiert. Eine Strafandrohung für „Sexkauf“ würde zu einer weiteren Stigmatisierung von Freiern führen und damit Präventionsmaßnahmen verhindern.

Auf die Angebote nach §19 Infektionsschutzgesetz sollte aufgebaut werden. Diese sind anonym, kostenlos und freiwillig – genau das, was es braucht, um von Sexarbeiter*innen in Anspruch genommen zu werden und ihrer Gesundheit effektiv zu Gute zu kommen.

Die Studie der Deutschen Aidshilfe zeigt, dass gerade vulnerable Sexarbeiter*innen ein großes Interesse an Gesundheitsfragen haben und dass viele die Angebote des Öffentlichen Gesundheitsdienstes gerne in Anspruch nehmen. Zugleich gibt es teils erhebliche Wissenslücken. Über eine Optimierung der Angebote des ÖGD könnten Sexarbeiter*innen noch sehr viel besser erreicht werden. Ein Sexkaufverbot würde diesen Kommunikationskanal schließen, statt ihn zu nutzen.

Die Deutsche Aidshilfe hat aus der partizipativen Studie 11 Empfehlungen abgeleitet, die bei dem weiteren Umgang mit dem Thema handlungsleitend sein sollten. Sie entspringen direkt der Expertise der Menschen, um die es geht: Sexarbeiter*innen selbst.

Letztlich geht es darum, individuell die Hilfe anzubieten, die gebraucht wird – vom Ausstiegsangebot bis zur Hilfe bei der Professionalisierung der Sexarbeit in einem sicheren

Umfeld. Die Rahmenbedingungen der faktisch stattfindenden Sexarbeit müssen dabei verbessert werden. Nur so lassen sich „menschenunwürdige Zustände“ wirklich beenden.

Für den weiteren fachlichen Austausch zu der Frage, wie das gelingen kann, steht die Deutsche Aidshilfe gerne zur Verfügung.

Weitere Informationen:

<https://www.aidshilfe.de/sexarbeit-studie>

Pressemitteilung zur Studie: <https://www.aidshilfe.de/meldung/sexarbeit-deutschland-druck-nimmt-hilfsangebote-wichtiger-denn-je>

Pressekonferenz zur Studie: https://www.youtube.com/live/W_L0QciZ-es